

2 Rahmenbedingungen

2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Schweizer Wirtschaft befindet sich im laufenden Jahr in einem Konjunkturober. Für das reale Bruttoinlandsprodukt ist mit einem Wachstum von 2.7% zu rechnen (2005:+1.9%). Zum Zeitpunkt der Budgetierung für 2006 hatten die Prognosen mit 1.9% deutlich tiefer gelegen. Kräftige Wachstumsimpulse gehen insbesondere von den Warenexporten aus, die sich seit Jahresbeginn ausserordentlich dynamisch entwickeln und von der stark expandierenden Inlandnachfrage.

Die günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen wirken sich im laufenden Jahr positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Es wird eine gegenüber dem Vorjahr (2005: 3.8%) deutlich rückläufige Arbeitslosenquote von 3.3% erwartet. Für 2007 wird zwar vor dem Hintergrund etwas weniger günstiger weltwirtschaftlicher und monetärer Rahmenbedingungen mit einer Wachstumsverlangsamung auf 1.8% gerechnet. Trotzdem wird erwartet, dass sich der positive Trend am Arbeitsmarkt fortsetzt und die Arbeitslosenquote auf 3% sinken wird.

Die Nationalbank hat vor dem Hintergrund der verbesserten Wirtschaftsaussichten die in Aussicht gestellte Korrektur des seit langem expansiven geldpolitischen Kurses eingeleitet und seit Dezember 2005 das Zielband für den Dreimonats-Libor in drei Schritten um jeweils 0.25 Prozentpunkte angehoben. Der für das laufende Jahr zu erwartende Anstieg der Rendite der Bundesobligationen mit einer Laufzeit von 10 Jahren auf 2.6% (2005: 2.1%) ist der Beleg dafür, dass auch die langfristigen Zinsen spürbar anziehen.

Vor dem Hintergrund des geänderten geldpolitischen Kurses der Nationalbank ist mit weiterhin moderaten Teuerungsraten zu rechnen. Für den Jahresdurchschnitt 2006 wird von einer Teuerung (Konsumentenpreisindex) von 1.3% ausgegangen. Das Budget 2007 geht von den folgenden volkswirtschaftlichen Eckwerten aus (bei den Annahmen handelt es sich um Jahresdurchschnittswerte):

Tabelle 1: Volkswirtschaftliche Kennzahlen.

Veränderungen in %	2004	2005	2006	2007
Bruttoinlandsprodukt Schweiz, real	1.7	1.9	2.7	1.8
Bruttoinlandsprodukt Schweiz, nominell	2.5	2.4	3.8	2.6
Allg. Konsumentenpreisteuerung	0.8	1.0	1.3	1.0
Arbeitslosenquote	3.9	3.8	3.3	3.0
Kapitalmarktzins (Rendite Bundesobligationen 10 Jahre)	2.7	2.1	2.6	2.8

Quellen: Konjunkturprognoseinstitute/Bundesamt für Statistik

2.2 Finanzlage des Bundes

Der vom Bundesrat verabschiedete Voranschlag 2007, welcher erstmals unter den Vorgaben des neuen Rechnungsmodells erarbeitet wurde, sieht mit Einnahmen von 55.9 Mrd. Franken und Ausgaben von 55.0 Mrd. Franken ein Überschuss von 918 Mio. Franken vor. Auch in den Finanzplanjahren 2008 bis 2010 ist mit Überschüssen zwischen 0.7 bis 1.9 Mrd. Franken zu rechnen.

Auf der Einnahmenseite widerspiegelt sich die günstige konjunkturelle Entwicklung. Im Voranschlagsjahr wird mit einem Einnahmenwachstum von 7.3 Prozent gerechnet, für die Finanzplanjahre mit einem Wachstum von 5 Prozent. Allerdings wird das Einnahmenwachstum durch zwei Sonderfaktoren leicht überzeichnet: Ab dem Voranschlagsjahr führt die Einführung des neuen Rechnungsmodells (Übergang zu Bruttodarstellung des Haushalts) zu einer haushaltsneutralen Aufblähung von 800 Mio. Franken und im Finanzplan schlägt sich die auf 2009 vorgesehene Erhöhung der MWST für die IV mit 1.9 Mrd. Franken (2009) bzw. 2.6 Mrd. Franken (2010) nieder. Daneben werden auch die Erhöhung der LSWA (+100 Mio. Franken ab 2008), der Ausgleich der kalten Progression (-1 Mrd. Franken ab 2008) und die Auswirkung der Reform der Ehepaarbesteuerung (-0.7 Mrd. Franken ab 2010) berücksichtigt.

Der Voranschlag 2007 übertrifft alle Vorgaben der Schuldenbremse, da die maximal zulässigen Ausgaben klar unterschritten wurden. Der Bundesrat hat im Februar dieses Jahres eine Sparvorgabe von 300 Mio. Franken beschlossen, welche von allen Departementen umgesetzt wurde. Zusätzlich hat der Bundesrat entschieden alle ungebundenen Ausgaben im Voranschlag einer Kreditsperre von 1 Prozent zu unterstellen. Somit konnte der Haushalt um weitere 200 Mio. Franken entlastet werden. Für die Finanzplanjahre rechnet der Bundesrat mit ersten Ergebnissen der Aufgabenüberprüfung und hat eine Abbauvorgabe von 700 Mio. Franken (2008), 950 Mio. Franken (2009) und 1.2 Mrd. Franken (2010) beschlossen.

2.3 Finanzlage der Baselbieter Gemeinden

Die Einwohnergemeinden haben das Rechnungsjahr 2005 mit einem Überschuss in der Laufenden Rechnung von 10 Mio. Franken abgeschlossen. Die Selbstfinanzierung betrug 112 Mio. Franken und übertraf die Nettoinvestitionen um 30 Mio. Franken. Die Gemeinden konnten wie im Vorjahr Schulden abbauen. Die Pro-Kopf-Verschuldung für die mittel- und langfristigen Schulden beträgt weniger als 2000 Franken und kann als moderat bezeichnet werden. Das Investitionsniveau ist deutlich tiefer als 2001 und 2002 und ist auch unterdurchschnittlich gegenüber dem langjährigen Durchschnitt. Die Steuererträge der Gemeinden sind gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig angestiegen, so dass der finanzielle Spielraum der Gemeinden eng bleibt, allerdings unter einer insgesamt guten Finanzlage. Massgebliche Mehraufwendungen resultieren in der Bildung mit 14 Mio. Franken, in der Sozialen Wohlfahrt (Sozialversicherung und Sozialhilfe) mit 9 Mio. Fr. und im Verkehr mit 4 Mio. Franken.

2.4 Besondere Einflussfaktoren im Budget 2007

Der Haushalt des Kantons Basel-Landschaft wird durch Faktoren beeinflusst, die von übergeordnetem Recht (Bundesrecht oder interkantonalem Recht) herrühren und kurzfristig nicht beeinflussbar sind. Der Saldo der Laufenden Rechnung verschlechtert sich gegenüber dem Vorjahresbudget aufgrund von nicht oder nur teilweise beeinflussbaren Faktoren um gesamthaft ca. 19 Mio. Franken. Nachfolgend sind die einzelnen Faktoren und ihre Auswirkungen auf den Saldo der Laufenden Rechnung 2007 in Mio. Franken aufgeführt¹:

¹ Positives Vorzeichen: Saldoverbesserung (Mehrertrag oder Minderaufwand).
Negatives Vorzeichen: Saldoverschlechterung (Minderertrag oder Mehraufwand).

Auswirkungen aus übergeordnetem Recht	-18.8
• davon Bundesrecht	-2.9
• Beiträge an AHV/IV	-4.6
• Beiträge an Ergänzungsleistungen der AHV/IV-Renten (netto) ²	-2.6
• Prämienverbilligung KVG (netto)	-0.8
• Nothilfekosten für abgewiesene Asylbewerber	+0.6
• Sockelbeiträge an Spitäler für Zusatzversicherte	+0.3
• Anteil an Bundessteuern (inkl. LSVA)	+4.3
• Anteil am Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank	-0.1
• davon interkantonaies Recht	-15.9
• Gemeinsame Trägerschaft Universität Basel ³	-15.8
• Anschubfinanzierung ETH Institut für Systembiologie	-2.0
• Beitrag an FHNW	-0.7
• Beiträge an andere Hochschul-Konkordate	+0.2
• Beitrag an UKBB ⁴	-0.2
• Beiträge von und an Kantone im Rahmen interkantonaler Schulabkommen	+2.2
• Beiträge von und an Kantone im Rahmen des Spitalabkommens	+0.4

2.5 Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP)

Das vorliegende Budget stellt das dritte Jahr der Wirkungsperiode der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) dar, welche im Sommer 2005 vom Landrat verabschiedet worden ist. Im Budget 2007 sind insgesamt Entlastungen durch GAP-Massnahmen im Umfang von 22.7 Mio. Franken eingestellt. Dabei konnte das gemäss Gesamtpaket ursprünglich geplante Entlastungsvolumen für das Jahr 2007 von 50.6 Mio. Franken nicht vollumfänglich umgesetzt werden, da die Umsetzung einzelner Massnahmen entweder eine zeitliche Verzögerung erfahren oder aufgrund von neuen Erkenntnissen oder Entwicklungen nicht realisiert werden können. Es handelt sich dabei um folgende Massnahmen:

- Die Einführung der fallorientierten Abgeltung wie auch die Einführung von Globalbudgets in den Spitälern werden auf das Jahr 2008 umgesetzt werden. Eine Entlastung (im gesamten Spitalwesen) von 3 Mio. Franken wird frühestens im Jahr 2010 erzielt werden können.
- Auf die Entnahme aus dem Wohnbauförderungsfonds (2 Mio. Franken) wird definitiv verzichtet.
- Die geplanten Gebührenerhöhungen (3.7 Mio. Franken) bei den Bezirksschreibereien fällt weg. Gegenwärtig wird ein neues Gebührenmodell erarbeitet, welches die bestehenden Promillegebühren durch Aufwandgebühren ersetzt. Das neue Gebührenmodell führt zu einer Senkung der Gebührenerträge.
- Die Prüfung der Neustrukturierung der Sekundarschulkreise (15 Mio. Franken) lässt sich kurzfristig nicht verwirklichen und beansprucht einen grösseren Zeitrahmen. Finanzielle Entlastungen werden erst in den kommenden Jahren erwartet.

² Ergänzungsleistungen abzüglich Beiträge vom Bund.

³ Gemäss Staatsvertrag betreffend gemeinsame Trägerschaft der Universität.

⁴ Bereinigt um Beitrag an Lehre und Forschung, der neu im Beitrag an die Universität enthalten ist.

Zusammen mit den bereits in den Vorjahren realisierten Entlastungen von 74.9 Mio. Franken beläuft sich das kumulierte Entlastungsvolumen nun auf 97.7 Mio. Franken. Die nachfolgende Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Entlastungsbeiträge der einzelnen Direktionen.

Mit dem Budget 2007 ist das Projekt Generelle Aufgabenüberprüfung nun abgeschlossen. Die zwei Restanzen fallorientierte Abgeltung in Spitälern und Überprüfung Neustrukturierung Sekundarkreise werden weiter bearbeitet.

Tabelle 2: Entlastungen durch GAP.

	Bereits 2005 und 2006 realisierte Entlastungsmass- nahmen in Mio. Fr.	Im Budget 2007 enthaltene Mass- nahmen in Mio. Fr.	Entlastungen bis Budget 2007 ins- gesamt in Mio. Fr.
Gesamttotal	74.93	22.72	97.65
Allgemeine Verwaltung	0.18	0.00	0.18
Finanz- und Kirchendirektion ⁵	44.89	10.55	55.44
Volkswirtschafts- und Sanitätsdi- rektio	5.66	2.87	8.53
Bau- und Umweltschutzdirektion	10.34	4.28	14.61
Justiz-, Polizei- und Militärdirek- tion	9.19	4.77	13.96
Bildungs-, Kultur- und Sportdi- rektio	3.76	0.25	4.01
Gerichte	0.92	0.00	0.92

Im Rahmen der GAP kommt es zu einem Stellenabbau. Dabei ist für Mitarbeitende zwischen 50 und 60 Jahren eine Abfindung und für Mitarbeitende über 60 Jahren eine vorzeitige Pensionierung geplant. Zu diesen so genannten flankierenden Massnahmen ist eine separate Landratsvorlage "Flankierende Massnahmen bei Stellenabbau im Rahmen des Projektes Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP)" vom Landrat verabschiedet worden⁶. Im vorliegenden Budget ist insgesamt ein Aufwand für flankierende Massnahmen von 2.8 Mio. Franken eingestellt. Zusammen mit dem bereits in den Vorjahren enthaltenen Aufwand von 6.5 Mio. Franken beläuft sich der kumulierte Aufwand für flankierende Massnahmen nun auf 9.3 Mio. Franken.

⁵ Die Entlastungsbeträge aus Querschnittsmassnahmen sind in den Entlastungen je Direktion enthalten bzw. nach Direktionen aufgeschlüsselt. Ausnahme: Der teilweise Verzicht auf den Teuerungsausgleich von je 8 Millionen Franken für die Budgets 2005, 2006 und 2007 ist jeweils voll im Entlastungsbetrag der Finanz- und Kirchendirektion enthalten.

⁶ LRV Nr. 2005-077.